

Juli + August  
2020

# SOVD *Magazin*

*Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland*



## **Die Renten steigen mit Recht**

**SoVD begrüßt die Rentenerhöhung  
als Gebot der Generationengerechtigkeit**

## Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner\*innen, der Patient\*innen und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen



Sicherungssysteme ein. Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet. Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

## Armut europäisch lösen

Forderungen des SoVD zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli.

Seite 4 – 13



## Mit voller Kraft aus der Krise

Konjunkturpaket sieht Bonuszahlungen für Familien und Steuersenkungen vor.

Seite 26 – 31



## Obdachlose zeigen ihre Stadt

Beim Verein „querstadtein“ erhalten Kinder und Jugendliche ungewohnte Einblicke.

Seite 52 – 55

Titelbild: wavebreak3/Adobe Stock



## Renten steigen mit Recht

SoVD begrüßt die Rentenerhöhung als Gebot der Generationengerechtigkeit.

Seite 14 – 25



## Für morgen weiterdenken

SoVD-Diskussion: Die Corona-Krise legt Probleme im Gesundheitswesen offen.

Seite 38 – 45



Für ein Europa mit Zukunft: Forderungen des SoVD zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli

# Armut und andere Probleme europäisch lösen

Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt zum 1. Juli von Kroatien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union, die „EU-Ratspräsidentschaft“. Diese wechselt alle sechs Monate nach einer festgelegten Reihenfolge gleichberechtigt zwischen allen Mitgliedstaaten. Zum Antritt dieses wichtigen Amtes fordert der SoVD die Bundesregierung auf, sich besonders um sozialpolitische Themen zu kümmern.

Die EU erhielt 2012 den Friedensnobelpreis. Längst ist sie nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Union – mit dem größten Binnenmarkt der Welt und gemeinsamen Werten. Doch zur echten Solidargemeinschaft ist es noch ein weiter Weg.

Wichtige Schritte formulierte der SoVD unter dem Titel „Für ein Europa mit Zukunft. Forderungen des SoVD zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020“. Das Papier schickte er an Verantwortliche in der Bundespolitik und Europäischen Kommission.

Darin fordert der SoVD, die soziale Dimension der EU zu stärken. Sie müsse sich zu einem sozialen

Foto: Prostock Studio / Adobe Stock

**Beim Geld darf die Freundschaft nicht länger aufhören, meint der SoVD. Seine Vision ist ein soziales und solidarisches Europa.**

Europa entwickeln, mit solidarischen Krisenlösungen und Zukunftsprogrammen. In der Sozialpolitik kann die EU zwar nur begrenzt Gesetze erlassen, verantwortlich sind zunächst die Nationalstaaten (Subsidiaritätsprinzip). Doch diese müssten sich auf Mindeststandards und gegenseitige Sicherung einigen. Ungleichheit und soziale Kälte können sie nur gemeinsam bekämpfen.

#### Sozialpolitische Strategien

Darum appelliert der Verband an die Bundesregierung, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene soziale Fragen anzugehen: Armut, Wohnen, Gleichstellung, Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Pflege. Solidarität dürfe nicht an Ländergrenzen enden.

So schlägt der SoVD etwa eine Armutsstrategie vor. Sie beinhaltet Mindestlöhne, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung sowie bessere Absicherung, auch im Alter.

#### Pandemie verstärkt Probleme

Die EU muss nun die Folgen der Coronavirus-Pandemie abfedern. Aber die Forderungen des SoVD gelten darüber hinaus. Schon lange weist er auf soziale Schief lagen hin – sie verschärfen sich in Krisenzeiten. Die Arbeitslosenzahl etwa stieg dramatisch.

„Große Herausforderungen brauchen mutige Lösungen“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer zur deutschen Regierungserklärung. „Die Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sind hoch: Die Europäische Union muss sozial gerechter werden. Armut und Arbeitslosigkeit müssen endlich

entschieden bekämpft und wirtschaftliche Ungleichgewichte abgebaut werden.“

Das Vertrauen in die EU war schon vor Corona erschüttert und droht jetzt weiter zu sinken. „Alle EU-Bürgerinnen und Bürger müssen erleben können, dass das gemeinsame Wirken in der EU ihre individuelle Lebenssituation verbessert“, erklärte Bauer.



Foto: kopitinphoto/Adobe Stock

**Die Wohnungsmieten sind für immer mehr Menschen unbezahlbar. Viele landen auf der Straße. Obdachlosigkeit ist in Europa ein wachsendes Problem.**

### SURE gegen Arbeitslosigkeit

Aktuell liegt der Fokus darauf, dass die Mitgliedstaaten einander beim Bewältigen der Krise helfen – und vor allem Arbeitsplätze retten. Eines von drei Sicherungsnetzen ist das Programm SURE („Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“, deutsch: „Unterstützung zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Krise“). SURE-Darlehen finanzieren Kurzarbeit. So können Staaten Unternehmen helfen, Menschen weiterzubeschäftigen. Auch für Selbstständige gibt es Möglichkeiten.

Rückwirkend ab 1. Februar können die Länder vorübergehend zu günstigen Bedingungen insgesamt bis zu 100 Milliarden Euro beantragen, die die EU als internationale Kredite aufnimmt. Das am 19. Mai beschlossene Paket wird nun auf nationaler Ebene umgesetzt. In Deutschland berieten schon Bundestag und -rat zum SURE-Gewährleistungsgesetz.

### Arbeitslosenrückversicherung

Doch ist es damit getan? Nur zum Teil. „Das SURE-Paket ist ein wichtiges Signal: Europa steht in der Corona-Pandemie zusammen“, so Bauer dazu. „Wir brauchen aber ein dauerhaftes Instrument, damit wir auch bei künftigen Krisen schnell und solidarisch reagieren können.“ Nötig ist aus SoVD-Sicht eine europäische Arbeitslosenrückversicherung. Sie federt Konjunkturerbrüche ab, verhindert Arbeitslosigkeit und stärkt den Binnenmarkt: In Krisen stabilisieren EU-Länder so ihre Sicherungssysteme durch Kredite.

Wichtig ist zudem langfristiger Schutz vor Arbeitsverlust, schlechten und unfairen Löhnen und Arbeitsbedingungen oder Änderungen am Arbeitsmarkt. Auch eine gute Grundsicherung in allen Staaten ist unabdingbar.

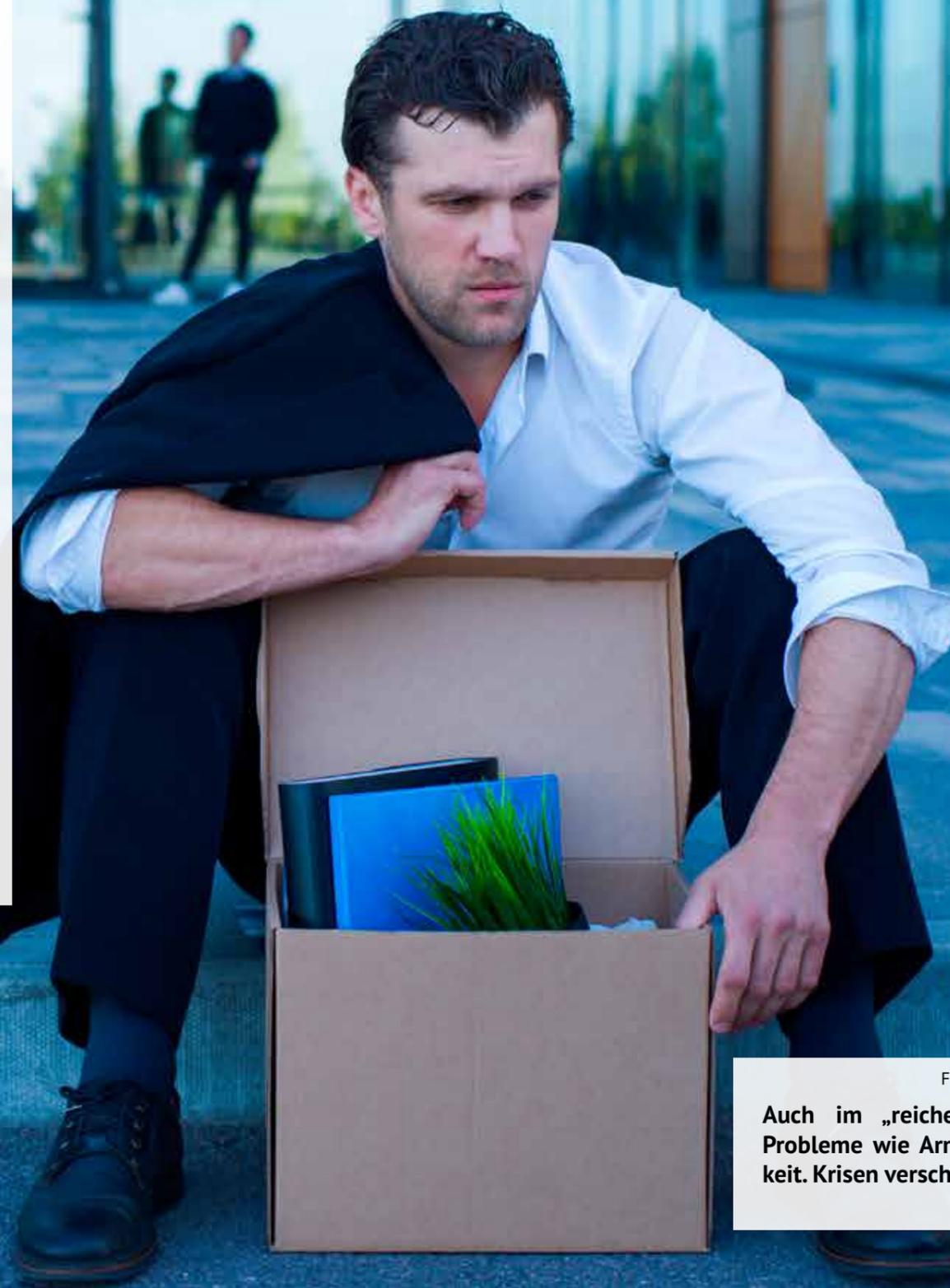
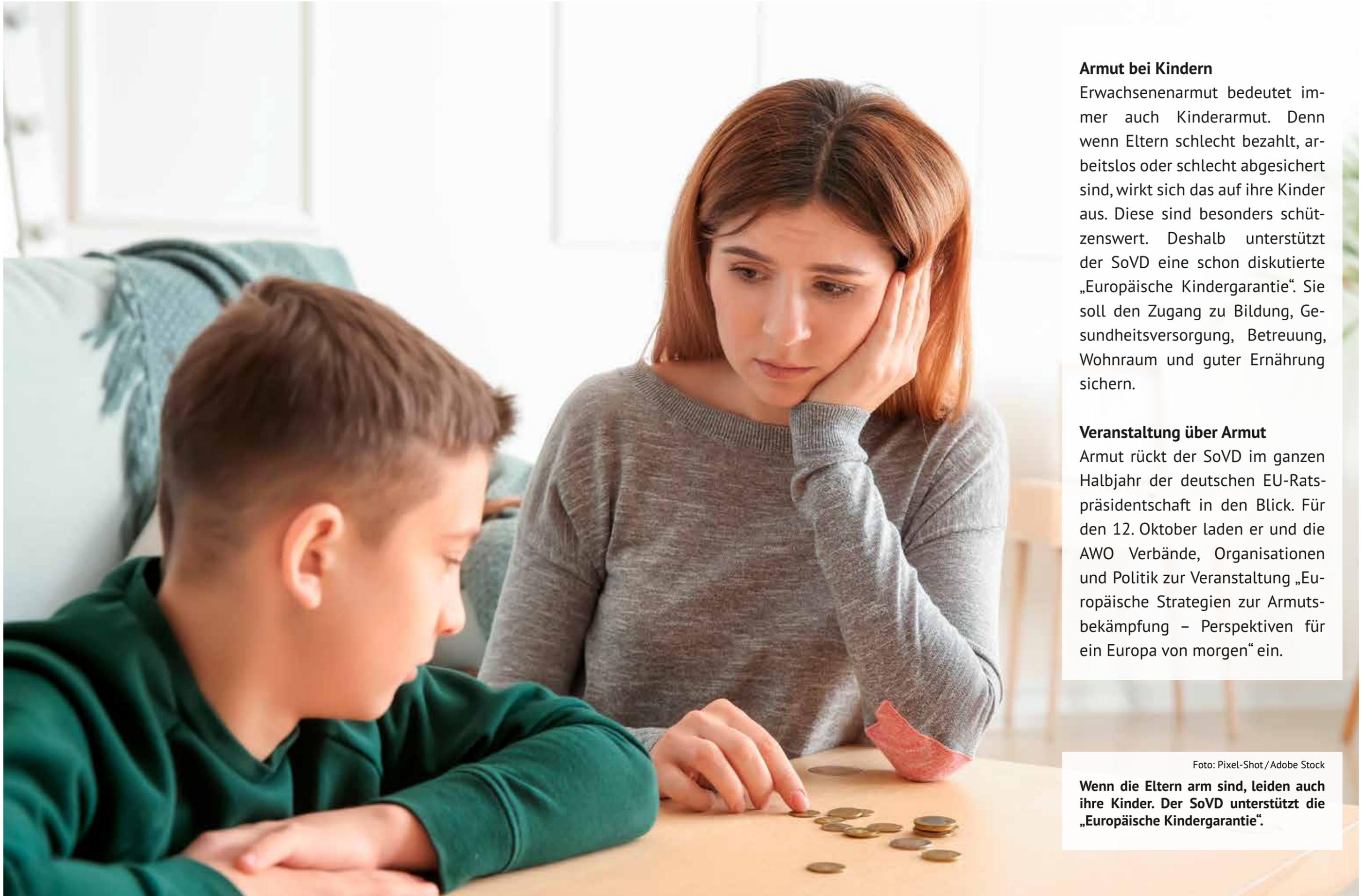


Foto: alotofpeople / Adobe Stock

**Auch im „reichen“ Europa gibt es Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit. Krisen verschärfen sie noch.**



### **Armut bei Kindern**

Erwachsenenarmut bedeutet immer auch Kinderarmut. Denn wenn Eltern schlecht bezahlt, arbeitslos oder schlecht abgesichert sind, wirkt sich das auf ihre Kinder aus. Diese sind besonders schützenswert. Deshalb unterstützt der SoVD eine schon diskutierte „Europäische Kindergarantie“. Sie soll den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Betreuung, Wohnraum und guter Ernährung sichern.

### **Veranstaltung über Armut**

Armut rückt der SoVD im ganzen Halbjahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den Blick. Für den 12. Oktober laden er und die AWO Verbände, Organisationen und Politik zur Veranstaltung „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“ ein.

Foto: Pixel-Shot / Adobe Stock

**Wenn die Eltern arm sind, leiden auch ihre Kinder. Der SoVD unterstützt die „Europäische Kindergarantie“.**



### Das SoVD-Forderungspapier

Alle Forderungen im Detail stehen im Papier „Für ein Europa mit Zukunft. Forderungen des SoVD zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020“. Dieses gibt es im Internet unter: [www.sovd.de/unsere-themen/europa](http://www.sovd.de/unsere-themen/europa).

### Was genau ist „der Rat?“

Der Rat der Europäischen Union, dem die Bundesrepublik jetzt vorsitzt, wird auch „Ministerrat“ oder einfach nur „Rat“ genannt. Er sitzt in Brüssel und ist die Länderkammer der EU, ähnlich dem Bundesrat auf nationaler Ebene. Zusammen mit dem EU-Parlament beschließt er Gesetze und koordiniert die Politik.

Er besteht aus den Minister\*innen, die in den – nach dem Brexit noch 27 – EU-Staaten das jeweilige Politikfeld leiten. Denn einmal geht es um Umwelt, ein anderes Mal um Wirtschaft, dann um Kultur und so weiter. Gibt es für ein Thema kein eigenes Ressort, sind die Außenminister\*innen zuständig. Weil also die Mitglieder wechseln, ist keine Einzelperson Ratspräsident\*in. Doch der Rat für Allgemeine Angelegenheiten, in dem die Außenminister\*innen tagen, koordiniert alles – darum bezeichnet man oft den\*die Außenminister\*in des vorsitzenden Landes als Ratspräsident\*in. Für die nächsten sechs Monate ist das Heiko Maas (SPD).

Der Vorsitz rotiert laut Art. 16 Abs. 9 EU-Vertrag halbjährlich und gleichberechtigt unter allen Mitgliedstaaten. Die Reihenfolge steht schon bis 2030 fest. Für eine gewisse Beständigkeit erstellen immer drei Länder, die nacheinander im Amt sind (sogenannte Troika-, Trio- oder Team-Präsidentschaft), zusammen ein Achtzehnmonatsprogramm. Nun arbeitet Deutschland mit Portugal und Slowenien (nächste amtierende Länder) daran.

Nicht zu verwechseln ist der Rat der Europäischen Union mit zwei Institutionen, die ähnlich heißen: erstens mit dem Europäischen Rat; das sind die Staats- und Regierungschefs\*innen aller Länder plus deren Präsident (derzeit Charles Michel, Belgien) und die Präsidentin der Kommission, also der „EU-Regierung“ (derzeit Ursula von der Leyen, Deutschland). Dieser sogenannte Gipfel legt die Ziele der EU fest, beschließt aber keine Gesetze. Zweitens zu unterscheiden ist der Europarat. Die Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Straßburg ist ein Debattenforum, das über die EU hinausgeht. Es umfasst momentan 47 Staaten.

SoVD begrüßt die Rentenerhöhung als Gebot der Generationengerechtigkeit

## Die Renten steigen mit Recht

Gute Nachrichten für die 21 Millionen Rentner\*innen: Zum 1. Juli steigen in Deutschland die Altersbezüge, im Westen um 3,45 Prozent, im Osten um 4,20 Prozent. Der Rentenwert West erhöht sich von 33,05 auf 34,19 Euro, der Ostwert von 31,89 auf 33,23 Euro. Das Rentenniveau beträgt 48,81 Prozent. Der SoVD bewertet die Erhöhung als positives Signal in unsicherer Zeit, mit dem sich die gesetzliche Rentenversicherung erneut als Stabilitätsanker erweist.

Foto: jackfrog / Adobe Stock

Der SoVD setzt sich dafür ein, das Vertrauen in die gesetzliche Rente – als einen Stabilitätsanker für Jung und Alt – wieder zu stärken.

Die aktuelle Rentensteigerung basiert auf einem seit 1957 geltenden Prinzip, nach dem in erster Linie die Lohnentwicklung des Vorjahres die Berechnungsgrundlage für die jeweilige Rentenanpassung bildet. Die aktuelle Erhöhung ist also vor allem auf die gute Lohnentwicklung des Jahres 2019 zurückzuführen.

Der SoVD begrüßt die Anpassung zum 1. Juli ausdrücklich: „Die Erhöhung erfolgt sachgerecht und aus gutem Grund. Die Rentner\*innen partizipieren hierdurch – wenn auch zeitversetzt – an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das bedeutet nichts anderes als Teilhabe am Lebensstandard“, erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Gerade jetzt, wo milliarden-schwere Konjunkturprogramme die Wirtschaft ankurbeln sollen, ist es zudem wichtig, auch die Kaufkraft älterer Menschen zu stärken. Sie können auf diese Weise dazu beitragen, den Binnenmarkt zu stabilisieren.“

Aufgrund ihrer gravierenden Folgen für den Arbeitsmarkt wird sich die Corona-Krise jedoch möglicherweise negativ auf die Renten



entwicklung im kommenden Jahr auswirken. Die Pandemie bringt Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne mit sich. Viele Beschäftigte sind davon schwer getroffen.

Niedrigere Löhne ziehen geringere Beitragszahlungen in die Sozialkassen beziehungsweise in die Rentenversicherung nach sich. Und weil die Löhne wiederum die Berechnungsgrundlage für die Rentenanpassung 2021 bilden, gehen erste Prognosen schon jetzt vorsichtig von stagnierenden Altersbezügen aus, sogenannten Nullrunden. Das kann passieren, muss aber nicht, weil die Entwicklung noch offen ist und zudem andere komplexe Anpassungsmechanismen – wie sie zum Beispiel infolge von verstärkter Kurzarbeit notwendig würden – ebenfalls noch nicht absehbar sind.

Foto: eyewave / Adobe Stock

**Wenn die Löhne sinken, heißt das nicht automatisch, dass auch die Rentner\*innen weniger bekommen.**

### **Das Rentenniveau ist keine individuelle Größe**

So kompliziert wie die Rentenanpassungsformeln ist für die meisten auch der Begriff des „Rentenniveaus“ zu verstehen, wengleich er in jeder Debatte zum Thema vorkommt.

Viele Beschäftigte gehen davon aus, dass das Rentenniveau jeweils den Anteil vom letzten Lohn oder Gehalt widerspiegelt, der demnach jetzt bei gut 48 Prozent läge. Dies ist ein Irrtum. Denn das Rentenniveau ist keine individuelle Größe. Es drückt vielmehr aus, wie sich die Standardrenten mit ihren vorausgesetzten 45 Jahren Beitragszahlung zu den Durchschnittseinkommen verhalten. Dieses Verhältnis wird einmal jährlich als allgemeiner Messwert festgelegt.

Eine im Koalitionsvertrag verankerte und 2018 beschlossene doppelte Haltelinie sorgt bis zum Jahr 2025 dafür, dass das Rentenniveau nicht weiter und damit unter 48 Prozent absackt und die Beitragssätze wiederum nicht über 20 Prozent steigen können. Dafür bürgt der Staat mit dem Versprechen,

die Deutsche Rentenversicherung im Bedarfsfall finanziell zu unterstützen.

### **Schutzklausel bewahrt die Renten vor Kürzung**

Schon vor der Haltelinie gab es im Übrigen eine Gesetzesvorgabe, nach der die Renten auch dann nicht gekürzt werden dürfen,

wenn die Löhne im Vorjahr gesunken sind.

Aus dieser gesetzlichen Vereinbarung und der doppelten Haltelinie ergibt sich eine Entwicklung, die auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, die aber lediglich eine logische Konsequenz darstellt: Wenn die Durchschnittslöhne 2020 sinken, die Standardren-

ten jedoch stagnieren, wird das Rentenniveau im kommenden Jahr steigen.

Vermeintliche Widersprüche wie eine „Rentenerhöhung in wirtschaftlich angespannter Lage“ (2020) oder ein „steigendes Rentenniveau trotz gesunkener Löhne“ (2021) sind somit bei genauerer Betrachtung schnell und sachgerecht aufgeklärt.

### **Scheinargumente schüren vermeidbare Konflikte**

Dennoch wird seitens einzelner politischer Interessengruppen derzeit gerne der Eindruck erweckt, dass die Rentner\*innen durch die Erhöhung einen unberechtigten Vorteil auf Kosten jüngerer Menschen erhielten – und das in einer Zeit, wo die meisten den Gürtel enger schnallen müssen.

Foto: Ngampol/Adobe Stock

**Die Berechnung der Rente ist eine komplizierte Angelegenheit und hängt von vielen Faktoren ab.**

Es sind vor allem diejenigen Stimmen, die sich schon vor der Corona-Krise für ein sinkendes Rentenniveau und für steigende Altersgrenzen ausgesprochen haben. Nun füttern sie ihre Forderungen mit vermeintlichen „Krisenargumenten“.

#### **Gute Renten helfen auch den heute Jungen**

Leider wird dabei übersehen, dass geringere Beitragszahlungen, die den Jüngeren zu mehr „Gerechtigkeit“ verhelfen sollen, in erster Linie deren Arbeitgeber erleichtern. Leistungskürzungen im System der gesetzlichen Rente verlagern Probleme allenfalls in die Zukunft. Und das hilft den Jüngeren nicht – vor allem jenen nicht, die sich private Altersvorsorge aufgrund geringer Löhne gar nicht leisten können.

Die mit niedrigen Beitragssätzen verbundenen privaten Risiken werden die (heute noch) Jungen einholen, wenn sie älter geworden sind.

Der SoVD warnt deshalb davor, ausgerechnet in der Krise eine

vorgeschobene Generationen-debatte anzufachen.

„Wenn im Kontext der Rentenerhöhung überhaupt über Gerechtigkeit debattiert wird, dann sollte die Auseinandersetzung nicht zwischen Alt und Jung geführt werden, sondern zwischen Arm und Reich, zwischen Benachteiligt und Privilegiert“, sagt SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Eine ebenso klare Haltung vertritt der Verband zur Finanzierbarkeit der Renten: „Es geht im Kern nicht darum, *ob* die Rente für künftige Generationen bezahlt werden kann, sondern *wer* sie bezahlt.“

#### **Gesetzliche Rente zeigt sich verlässlich in der Krise**

Der SoVD macht sich seit Langem für die Rückkehr zur lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente stark. Ziel ist eine Erwerbstätigenversicherung, in die auch

Selbstständige, Beamt\*innen und Abgeordnete einzahlen. Das Rentenniveau ist nach Überzeugung des Verbandes dabei schrittweise wieder auf 53 Prozent anzuhäufen. Die Grundlage der Finanzierung sollte nach Auffassung des Verbandes ein Umlagesystem mit Steuerzuschüssen sein.

„Die gesetzliche Rente ist ein sozialpolitischer Stabilitätsanker. Sie hat Krisen und zwei Weltkriege überdauert“, betont der SoVD-Präsident. „Jetzt zeigt sich, wie bei den anderen Sozialversicherungssystemen auch, ihre Verlässlichkeit. Es ist falsch, sie ausgerechnet jetzt kleinzureden.“

Foto: MAK / Adobe Stock

**Die Stabilität der gesetzlichen Rente wird auch durch die Art der Finanzierung gesichert. Der SoVD plädiert dafür, dass alle Berufstätigen einzahlen.**

## Was ist das Rentenniveau?

Das Rentenniveau misst das Verhältnis zwischen Rente und Lohn – und zwar nicht individuell betrachtet, sondern als eine Art statistischen Durchschnittswert.

Genauer gesagt geht es hierbei um das Verhältnis des mittleren Einkommens aller Sozialversicherten zur Standardrente. Das wird in Prozent gemessen. Ausgewiesen wird das Rentenniveau als Nettogröße, das heißt: vor Abzug von Steuern. Abzüge durch Sozialabgaben werden hingegen berücksichtigt.

Bis 2025 ist das Rentenniveau durch eine doppelte Haltelinie gesichert. Indem beschlossen wurde, den sogenannten Nachholfaktor auszusetzen, ist außerdem sichergestellt, dass auch alle künftigen Generationen mit einem höheren Rentenniveau rechnen können, als es ohne Schutzklausel der Fall wäre.

Für die Jahre ab 2026 hat die von der Bundesregierung eingesetzte Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ vor Kurzem erste Vorschläge unterbreitet.

Foto: Stockfotos-MG / Adobe Stock

Steuernummer

Renten

Leibrenten

1 = aus inl. gesetzl. Versicherungen

2 = aus inl. landwirtschaftlicher Kasse

aus inl. berufsständischen Einrichtungen

finanzierten

Alt

Versor-

Bi

## Interview

# Prinzip von Verlässlichkeit und Stabilität



Foto: Christine Neumann

Prof. Gerhard Bäcker

tenversicherung dem bewährten Prinzip folgt, dass die Entwicklung der Löhne zeitversetzt nachgeholt werden. Die Rentner\*innen sollen und werden an der allgemeinen Einkommensentwicklung partizipieren, und die war im letzten Jahr eben gut. Dies muss zeitversetzt erfolgen, weil sonst die statistischen Daten nicht zur Verfügung stehen. Im nächsten Jahr wird es entsprechend anders aussehen, weil dann die Löhne wegen Corona auch gering angepasst worden sind. Das ist das Prinzip einer Teilhabe am Lebensstandard, dass es seit 1957 in dieser Form unverändert so gibt und das auch beibehalten werden sollte.

## \_\_\_Stichwort Kaufkrafterhöhung ...

Wenn die Renten in diesem Jahr steigen, dann stärkt das auch die Konsumnachfrage und stabilisiert die Konjunktur. Es ist also gewissermaßen ein doppelter Gewinn für die Rentner\*innen als solche und für die Volkswirtschaft insgesamt.

## \_\_\_Worin liegt – insbesondere angesichts der Krise – die Stärke der gesetzlichen Altersversicherung?

Der Vorteil der gesetzlichen Rentenversi-

cherung besteht darin, dass eben auch in der Krise die ältere Generation an der Entwicklung des Lebensstandards im vorvergangenen Jahr absolut teilnimmt. Dass also Sicherheit und Stabilität garantiert sind und dass die Kaufkraft erhalten bleibt und gestärkt wird. Das kommt dann der gesamten Bevölkerung, der gesamten Volkswirtschaft zugute. Entscheidend sind Verlässlichkeit, Sicherheit und Stabilität. Es sind unsichere Zeiten, in denen gute Rahmenbedingungen gesetzt werden, auf die sich die Menschen verlassen können.

## \_\_\_Die sind bei der privaten Altersvorsorge nicht gegeben.

Bei der privaten Altersversicherung hängt deren Entwicklung zentral davon ab, wie die Renditen sich auf den Kapitalmärkten entwickeln. Und diejenigen Rentner\*innen, die heute auf ihre Anlagen angewiesen sind, müssen damit rechnen, dass die Kurse im Rahmen der Krise auch stark gefallen sind. Da sind also eher Unsicherheit und wenig Verlässlichkeit das Prinzip. Insofern können wir froh sein, in Deutschland eine starke umlagefinanzierte Rentenversicherung zu haben.

## \_\_\_Was sind die größten Baustellen in der gesetzlichen Rentenversicherung?

Die größte Baustelle ist nach wie vor die Frage der Grundrente, zu deren Einführung der SoVD sich vielfach geäußert hat. Der zweite große Punkt ist die mittel- und längerfristige Entwicklung der Rentenversicherung. Die Rentenkommission hat vor gut einem Monat einen Bericht vorgelegt, und es wird darauf ankommen, ob es gelingt, die Rente auch in schwierigen Zeiten – in coronaschwierigen Zeiten, aber auch in demografisch schwierigen Zeiten – langfristig stabil zu halten und das Leistungsniveau der Renten oben zu halten. Also nicht dem Entwicklungstrend zu folgen, bei dem ja eigentlich vorgegeben wäre, das Rentenniveau zu senken. Das ist eine wesentliche Aufgabe.

Und natürlich ist es eine immerwährende Aufgabe, dafür zu sorgen, dass besonders benachteiligte Personengruppen in der Rente – wie zum Beispiel Erwerbsminderungsrentner\*innen oder Rentner\*innen mit schlechten Versicherungsbiografien – nicht in die Grundsicherung fallen. Aber genau das ist das Thema der Grundrente.

Interview: Veronica Sina

**Die Rentenerhöhung ist in Zeiten von Corona für viele Menschen ein Thema. Wir sprachen darüber mit Professor Gerhard Bäcker, Senior Professor am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen und Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD.**

## \_\_\_Ist die hohe Rentenanpassung in diesem Jahr zu rechtfertigen?

Die Rentenanpassung ist in jedem Falle gerechtfertigt und notwendig, weil die Ren-

Konjunkturpaket sieht Bonuszahlungen für Familien und Steuersenkungen vor

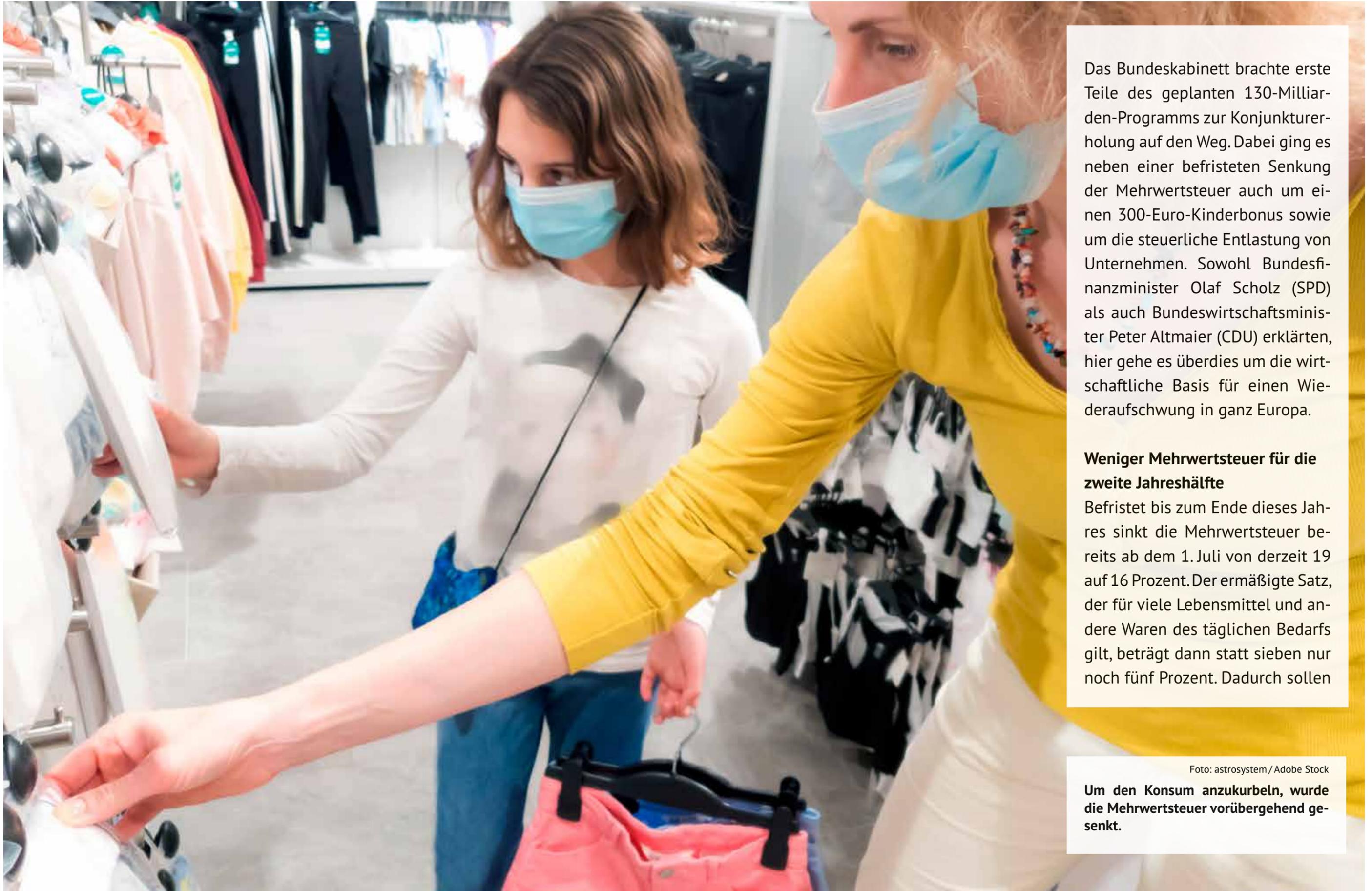
## Mit voller Kraft heraus aus der Krise

Das Kabinett beschloss im Juni wichtige Teile eines milliarden-schweren Konjunkturprogramms. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) zeigte sich zuversichtlich: „Wir wollen aus der Krise raus mit voller Kraft.“ Vorgesehen ist unter anderem mehr Geld für Familien. Zudem soll bereits ab Juli die Mehrwertsteuer bis Jahresende nur noch 16 statt 19 Prozent betragen. SoVD-Präsident Adolf Bauer begrüßte die Maßnahmen und forderte, die Bedürfnisse benachteiligter Menschen in besonderer Weise zu berücksichtigen.



Foto: imago images/Bildgehege

„Unsere Maßnahmen haben Wumms“, sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz bei einer Pressekonferenz.



Das Bundeskabinett brachte erste Teile des geplanten 130-Milliarden-Programms zur Konjunkturerholung auf den Weg. Dabei ging es neben einer befristeten Senkung der Mehrwertsteuer auch um einen 300-Euro-Kinderbonus sowie um die steuerliche Entlastung von Unternehmen. Sowohl Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) als auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erklärten, hier gehe es überdies um die wirtschaftliche Basis für einen Wiederaufschwung in ganz Europa.

#### **Weniger Mehrwertsteuer für die zweite Jahreshälfte**

Befristet bis zum Ende dieses Jahres sinkt die Mehrwertsteuer bereits ab dem 1. Juli von derzeit 19 auf 16 Prozent. Der ermäßigte Satz, der für viele Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs gilt, beträgt dann statt sieben nur noch fünf Prozent. Dadurch sollen

Foto: astrosystem/Adobe Stock

**Um den Konsum anzukurbeln, wurde die Mehrwertsteuer vorübergehend gesenkt.**

Einkäufe billiger und die Konjunktur entsprechend belebt werden. Ausgenommen von der Senkung bleibt allerdings die Tabaksteuer. Das hatte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, gefordert. Um die Länder und Kommunen in der Krise zudem nicht zusätzlich zu belasten, trägt Bundesfinanzminister Scholz zufolge allein der Bund die Steuerausfälle.

#### **Eltern profitieren von Bonus und höheren Freibeträgen**

Familien erhalten einen Zuschuss von 300 Euro pro Kind. Dieser soll in mehreren Raten über das Kindergeld ausgezahlt werden. Dieser Bonus muss zwar versteuert werden, wird jedoch nicht auf Sozialleistungen angerechnet. Daher profitieren vor allem Eltern mit geringem Einkommen von der Leistung. Im laufenden und im nächsten Jahr soll zudem der Steuerfreibetrag für Alleinerziehende von derzeit 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben werden.



#### **SoVD: Konjunkturpaket muss für alle zünden!**

In einer Pressemitteilung begrüßte der SoVD das geplante Konjunkturpaket. Es sei wichtig, dass alle Menschen wieder zuversichtlich nach vorne blicken können, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer. Er betonte, das Konjunkturpaket müsse für alle zünden; benachteiligte Menschen sollten daher noch konsequenter mitgedacht werden. Entscheidend werde es Bauer zufolge sein, dabei auch wirklich alle Personengruppen mitzunehmen. Denn wo keine Kaufkraft ist, so der SoVD-Präsident, verpuffe der „Wumms“ zur Knallerbse.

Foto: JackF/Adobe Stock

**Ein staatlicher Zuschuss von 300 Euro pro Kind soll die durch Corona entstandenen finanziellen Härten lindern.**

Initiative „Stärker als Gewalt“ des Bundesfrauenministeriums startet Posteraktion

## Zuhause nicht sicher?

Die Corona-Krise schränkt das tägliche Leben stark ein. In dieser schwierigen Situation steigt das Risiko der Zunahme häuslicher Gewalt. Gleichzeitig wird es für Betroffene schwieriger, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auch Familie, Freund\*innen und Nachbarschaft sind in dieser herausfordernden Zeit unsicher, an wen sie sich wenden können. Um Betroffenen zu helfen und das Umfeld zu sensibilisieren, hat die Initiative „Stärker als Gewalt“ die Posteraktion „Zuhause nicht sicher?“ ins Leben gerufen.



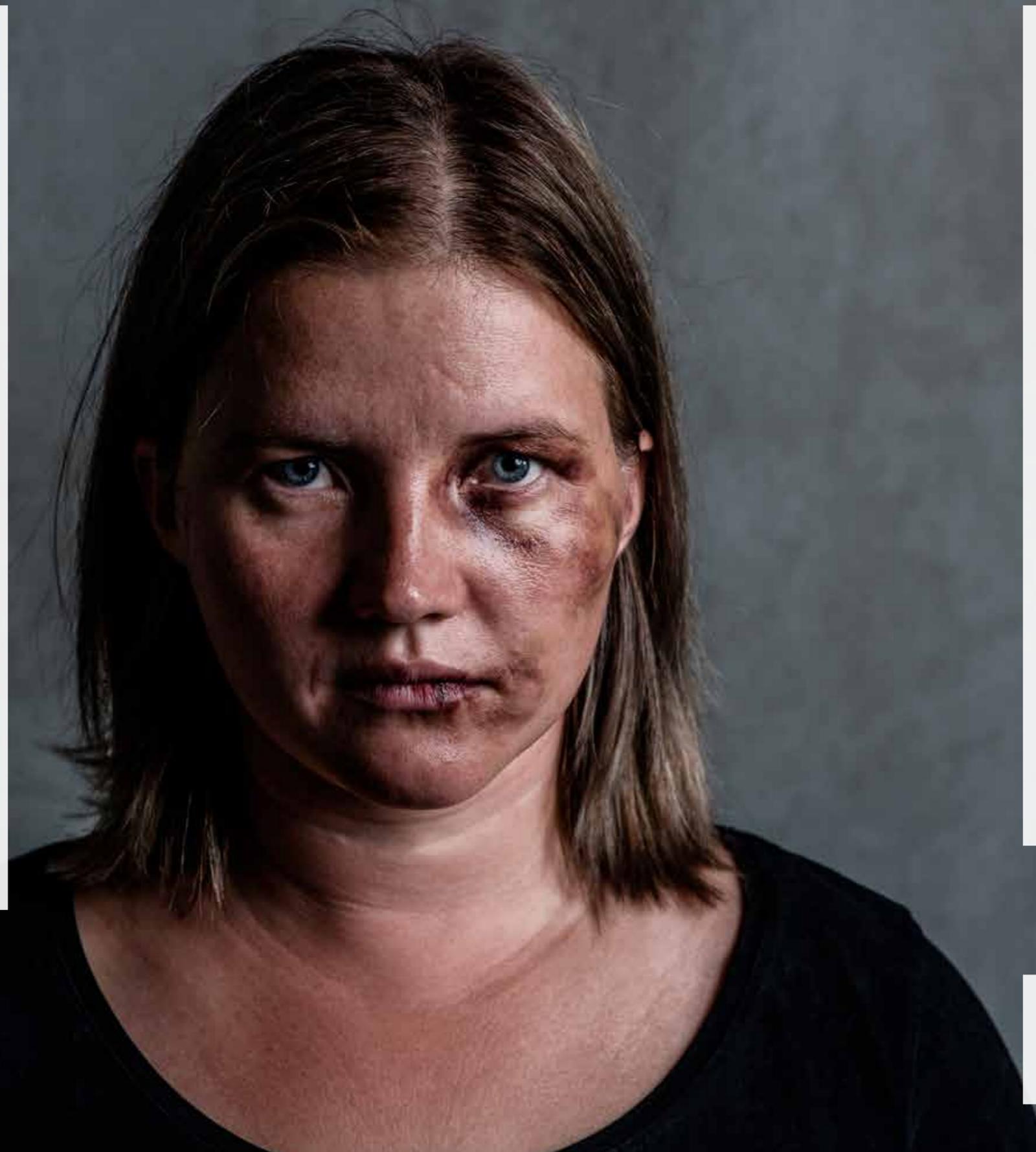
SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König mit dem Plakat zur Aktion.

Foto: thodonal/Adobe Stock

Der SoVD hilft mit, die Aufklärungsposter zur Kampagne gegen häusliche Gewalt zu verbreiten.

In der Corona-Krise wird häusliche Gewalt noch stärker zum Thema als ohnehin schon. Bundesfrauensprecherin Jutta König weiß: „Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein großes gesellschaftliches Problem, das uns alle angeht. Häusliche Gewalt kann jede\*n treffen. Allerdings sind gerade Frauen und Kinder davon überproportional oft betroffen. Jede dritte Frau erfährt laut Statistik mindestens einmal im Leben Gewalt.“

Die Aktion „Zuhause nicht sicher?“ will mit Plakaten auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam machen. Die Posteraktion ist Teil der Initiative „Stärker als Gewalt“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Auf der Webseite zur Aktion (siehe Infokasten) werden Informationen sowie Hilfs- und Beratungsangebote vorgestellt – für Betroffene und Menschen, die helfen wollen.



Als Kooperationspartner der Aktion konnten große Supermarktketten gewonnen werden. Über 26.000 Filialen verbreiten die Informationen bundesweit, zum Beispiel durch den Aushang von Postern und den Abdruck auf Kassensbon-Rückseiten und Produkten.

Auch die Frauen im SoVD beteiligen sich an der Aktion „Zuhause nicht sicher?“. SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König appelliert: „Jede\*r kann mitmachen und das Poster aufhängen, zum Beispiel im Hausflur, im eigenen Geschäft, in Praxen. Verteilen Sie die Poster selbst oder leiten Sie die Informationen in Ihrem Landesverband, Ihren Kreis- und / oder Ortsverbänden weiter. Durch Ihre Unterstützung setzen auch Sie ein starkes Zeichen gegen häusliche Gewalt!“

Foto: Ermolaev Alexandr / Adobe Stock

**In Krisenzeiten liegen die Nerven blank. Frauen werden noch häufiger als ohnehin schon zu Opfern von Aggression.**

## Info

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ bietet kostenlose Beratung rund um die Uhr unter Tel.: 08000 / 116 016, anonym, barrierefrei und in 17 Fremdsprachen. Auf der Internetseite: <https://staerker-als-gewalt.de/initiative/poster-aktion-haeusliche-gewalt> gibt es die Poster-Vorlage in verschiedenen Formaten und ein Infoblatt mit allem Wissenswerten rund um „Stärker als Gewalt“ direkt zum Download.

Foto: Syda Productions/Adobe Stock

**Per Telefon können sich misshandelte Frauen anonym beraten lassen und Schutzadressen erfragen.**

Corona-Krise legt Probleme im Gesundheitswesen offen – SoVD diskutiert über nötige Veränderungen

# Gesundheitssystem für morgen weiterdenken



Diskutierten und beantworteten Fragen (von links): Prof. Felix Welti, Klaus Wicher und Fabian Müller-Zetsche.

Der SoVD Hamburg veranstaltete Ende Mai einen Online-Talk zum Thema „Pfleger- und Krankenversicherung auf dem Prüfstand: Wie sieht die Zukunft unseres Gesundheitssystems nach Corona aus?“. Landesvorsitzender Klaus Wicher diskutierte mit Fabian Müller-Zetsche und Prof. Felix Welti. Auch ohne persönlichen Kontakt ergab sich eine lehrreiche Gesprächsrunde.

Foto: Coolpicture / Adobe Stock

Auch in Deutschland war das Gesundheitssystem auf Corona schlecht vorbereitet. Nach der Krise ist die Chance für Reformen.

Die Diskussion fand über das Internet statt, Interessierte konnten sich anmelden, das Gespräch verfolgen und über den Chat eigene Fragen einbringen. Zu dem Gespräch verabredete sich der Hamburger Landesvorsitzende Klaus Wicher mit Fabian Müller-Zetzsche, dem Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, und Felix Welti, Professor für Sozial- und Gesundheitsrecht, Recht der Rehabilitation und Behinderung an der Uni Kassel.

Das Auftaktreferat übernahm Prof. Welti. Er wies darauf hin, dass das deutsche Sozial- und Gesundheitswesen in Krisen- und Katastrophenfällen wesentlich weiterentwickelt worden sei. Beispielhaft nannte er die Cholera-Pandemie 1892 in Hamburg. Diese habe dafür gesorgt, die Wasserversorgung auszubauen und die Bedeutung von öffentlicher Hygiene zu begreifen. Auch heute lasse sich aus der Pandemie lernen. Eine wesentliche Lehre aus der Corona-Krise sei es, den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken.

### Corona-Krise zeigt Mängel im System auf

Die Reaktion auf die Infektionswelle habe deutlich gemacht, dass Personal und Sachmittel fehlten und die Testkapazitäten anfangs nicht ausreichten. Außerdem habe es zu wenige Kapazitäten für Notfälle gegeben. Das System der Krankenhausfinanzierung nach abgerechneten Leistungen sei für solche Notlagen nicht geeignet.

Das Infektionsschutzgesetz sieht vor, im März 2021 die Pandemiebekämpfung zu bilanzieren. Prof. Welti ermutigte den SoVD, dann eine bessere Ausstattung des Gesundheitssystems anzumahnen. Daran anknüpfend bezeichnete Fabian Müller-Zetzsche die Corona-Krise als „Brennglas“, das Auswirkungen früherer politischer Entscheidungen – wie die Privatisierung im Gesundheits- und Pflegebereich – sichtbar mache.

Foto: W PRODUCTION/Adobe Stock

**Durch die Corona-Krise hat die Telemedizin als Konzept für die Zukunft noch einmal einen Schub bekommen.**

Ein streng nach Marktprinzipien geregeltes System, in dem nach Fallpauschalen abgerechnet wird und „blutige Entlassungen“ kurz nach Operationen zum Alltag gehören, komme in Krisenszenarien an seine Grenzen. So zeige sich in der Corona-Zeit auch, wie der Markt die Versorgungsstruktur bestimmt und nicht überall alle notwendigen medizinischen Leistungen bereitstehen. Ähnliches konstatierte er für die Pflege. Die Branche sei als Wachstumsmarkt für Investoren attraktiv. Dadurch würden Einrichtungen öfter mit wenig medizinischem Sachverstand betrieben, aber eine hohe Rendite abwerfen.

#### **SoVD kann sich als Experte vor Ort einbringen**

Die aktuelle Situation habe auch noch einmal den Blick für die Pflege als dreifaches Armutsrisiko geschärft. Die Pflegekräfte, die Pflegebedürftigen sowie deren Angehörige müssten große Belastungen – nicht nur finanzieller Art – stemmen.

Für den SoVD ist die Corona-Pandemie ein deutliches Signal, Ge-

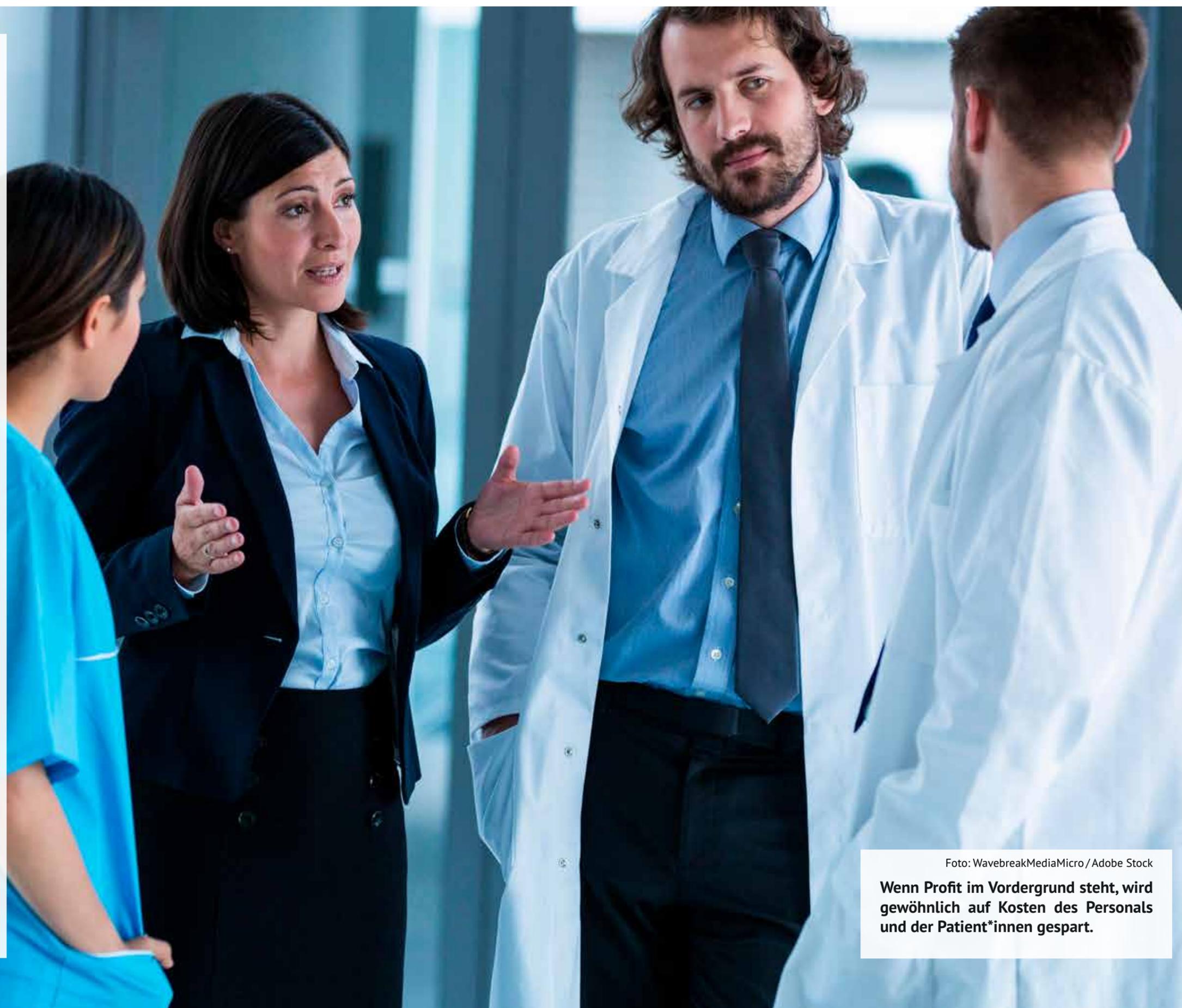


Foto: WavebreakMediaMicro/Adobe Stock

**Wenn Profit im Vordergrund steht, wird gewöhnlich auf Kosten des Personals und der Patient\*innen gespart.**



sundheit und Pflege nicht dem Markt zu überlassen, sondern die staatliche Verantwortung zu stärken. Aber auch Kommunen und Länder hätten teilweise unzureichend geplant.

Die nötigen Reformen würden Geld kosten und hart umkämpft sein, so Müller-Zetsche. Er wünsche sich eine gesellschaftliche Debatte über den Wert der Pflege. Daran werde sich auch der SoVD mit seinen Konzepten zur Bürgerversicherung beteiligen.

Durch die anschließende Diskussion führten Klaus Wicher und Susanne Rahlf, Pressesprecherin des SoVD Hamburg.

Prof. Welti wies darauf hin, dass die Gesellschaft zum Schutz von Risikogruppen auf biologische Voraussetzungen wie Alter oder Krankheit Rücksicht nehmen müsse. Fabian Müller-Zetsche merkte an, dass Grundsicherungsleistun-

gen zu knapp bemessen seien und nicht für einen gesunden Lebensstil reichten.

Eine Lehre aus der Corona-Krise sei, dass die Abstimmung vor Ort besser werden müsse und die Gesundheitspolitik kommunal zu wenig Gewicht habe. Hier könne sich auch der SoVD als Experte vor Ort einbringen, so Prof. Welti. Insgesamt müsse der Gesundheits- und Pflegebereich eine Aufwertung erfahren, speziell die Gesundheitsämter müssten zudem als Arbeitgeber attraktiver werden. Ein Umdenken in der Politik habe bereits begonnen. Der SoVD bearbeitet dieses Thema schon lange und hat dazu Konzepte vorgelegt. Die fruchtbare Diskussion im Digitalen ist ein interessantes Modell, auch für den zukünftigen Austausch. Ein Mitschnitt des Talks wird demnächst online veröffentlicht.

Foto: Konstantin Yuganov / Adobe Stock

**Die Misstände im Pflegesektor bestehen schon lange. Sie haben sich durch die Pandemie noch verschärft.**

Die Corona-Pandemie macht das Reisen in Deutschland in diesem Sommer komplizierter

## Wenn der Urlaub zur Herausforderung wird

Die Planung des Sommerurlaubs kann für viele Menschen zur Geduldssprobe werden, weil derzeit viele unterschiedliche Beschränkungen in den 16 Bundesländern gelten. Worauf müssen Verbraucher\*innen jetzt achten? Was sind die Trends für den diesjährigen Sommer? Ein kleiner Überblick zwischen „Balkonien“, Bayern und Borkum.

Bei steigenden Temperaturen ist es vielerorts wieder zu beobachten – das Fernweh, das die innere Reiselust beflügelt und zum spontanen Nachdenken anregt: „Wo verbringe ich dieses Jahr meinen Sommerurlaub?“. In der gegenwärtigen Pandemie ist das Planen von Fernreisen allerdings schwierig. Es gilt eine allgemeine Reise-



warnung für Nicht-EU-Staaten bis zum 31. August. Was liegt nun also näher, als das eigene Land zu bereisen?

Deutschland ist sehr facettenreich: Die Alpen im Süden, die waldreichen Mittelgebirge sowie die Küstenlandschaften an Ost- und Nordsee laden zum Verweilen ein. Derzeit sind Reisen mit dem Wohnmobil sehr beliebt, weil die Camper den nötigen Abstand zum Mitmenschen garantieren und zudem ausreichend Platz bieten. Wenngleich für viele „Balkonien“ die einzige Alternative in diesem Sommer darstellt, gibt es dennoch interessante Ziele vor der Haustür, die man auch barrierefrei errei-

Foto: Tropical studio / Adobe Stock

**Urlaubsreisen sind derzeit mit vielen Beschränkungen verbunden. Reisende sollten sich deshalb vorab informieren.**

chen kann. Reisende sollten sich jedoch vorab informieren, welche Bestimmungen im jeweiligen Bundesland gelten.

### Bundesländer bestimmen

#### Coronaregeln selbst

Bei Reisen innerhalb der Bundesrepublik gelten Kontaktbeschränkungen und Abstandsregeln von mindestens 1,5 Metern. Tages-

tourist\*innen sollten zudem die Zugangsbestimmungen der Kommunen an Nord- und Ostsee kennen. Behörden können beliebte Urlaubsorte nämlich bei Überfüllung kurzfristig schließen. So besteht bei Redaktionsschluss etwa in Mecklenburg-Vorpommern ein Einreiseverbot für Menschen aus Gebieten mit einer hohen Zahl an Neuinfektionen.

Hotels, Pensionen, Campingplätze und Ferienhäuser sind in der Regel überall in Deutschland geöffnet. Für Cafés, Kneipen und Restaurants gelten jedoch Auflagen. Beispielsweise müssen sich Besucher\*innen beim Betreten der Gastronomiebetriebe häufig in Listen eintragen. Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und das Saarland erlauben inzwischen

wieder Busreisen. Allerdings gelten auch hier die jeweiligen Hygieneauflagen. In Schleswig-Holstein dürfen Ausflugsschiffe wieder ablegen und Strandkorbvermieter Tourist\*innen empfangen. Auch für die Freizeitgestaltung und Ausflüge in die Natur gelten unterschiedliche Bestimmungen, die von Bundesland zu Bundesland abweichen können.



Foto: ArTo/Adobe Stock

**In diesem Jahr entscheiden sich viele Menschen für Urlaub auf „Balkonien“.**



### Bei Reisebuchung auf Angaben achten

Reiseinteressierte, die jetzt in der Corona-Krise eine Reise buchen möchten, sollten zudem vorab das Angebot des Reiseveranstalters genau studieren. Falls es bereits im Spätsommer zu einer zweiten Infektionswelle kommen sollte, können Verbraucher\*innen in der Regel von der gebuchten Reise kostenfrei zurücktreten. Treten am Urlaubsort selbst wieder massiv Neuinfektionen auf und kommt es zu entsprechenden Einschränkungen, können Reisende wegen der außergewöhnlichen Umstände den unterschriebenen Vertrag mit dem Reiseveranstalter lösen und ihr Geld zurückverlangen. Allerdings gelten auch hier Beschränkungen. Teilt etwa der Reiseveranstalter bereits bei der Buchung mit, mit welchen Einschränkungen im gebuchten Hotel gerechnet werden kann, ist die damit verbundene Reiseeinschränkung nicht notwendigerweise ein Reisemangel.

Foto: STEKLO\_KRD/Adobe Stock

**Urlaubsfotos sehen seit Corona anders aus als in den Jahren davor.**

Beim Verein „querstadtein“ erhalten Kinder und Jugendliche ungewohnte Einblicke

## Obdachlose zeigen „ihre“ Stadt

Die Stadtführungen des Vereins „querstadtein“ bieten eine ungewohnte Perspektive: Menschen, die früher selbst obdachlos waren, berichten von ihrem Leben auf der Straße. Für diese tolle Idee gab es im vergangenen Jahr völlig zu Recht den Deutschen Engagementpreis.

Foto: Anna Rozkosny / querstadtein e. V.

Dieter Bichler (Mi.) kam 2012 von Thüringen nach Berlin. Auf seiner Tour erzählt er Schülerinnen und Schülern von seinen täglichen Streifzügen mit anderen Obdachlosen durch die Hauptstadt.

In größeren Städten gehören obdachlose Menschen längst zum Alltag. Vom arbeitenden und wohnenden Teil der Bevölkerung werden sie oftmals kaum wahrgenommen. Genau das aber ist ein Fehler. Denn Obdachlose haben ihren ganz eigenen Blick auf die Stadt, deren Straßen, Parks und Bahnhöfe zu ihren Lebensmittelpunkten gehören. Das Leben auf der Straße hat seine eigenen Regeln: Alles ist öffentlich, nichts ist privat.

Dies macht sich der Verein „querstadtein“ zunutze. Bei den angebotenen Stadtführungen geht es um individuelle Perspektiven. Menschen, über die sonst viel und gerne geredet wird, ergreifen hier selbst das Wort. Sie laden ein zu einem Dialog, bei dem es neben spannenden Geschichten auch einiges zu lernen gibt.

Das gilt vielleicht besonders für die Führungen, die speziell für Schulklassen angeboten werden. Dabei wollen die Kinder und Jugendlichen unter anderem wissen, wie man sich nachts bei Minusgraden warm hält oder wie es sich anfühlt, als Obdachloser übersehen oder ausgegrenzt zu werden. Andere Stadtführungen von „querstadtein“ widmen sich dem Thema Migration. Sie werden von Menschen geleitet, die über eigene Erfahrungen berichten und fremden Zuschreibungen ihre Erzählungen entgegensetzen.

Foto: querstadtein e. V.

**Klaus lebte neun Jahre auf der Straße und vom Flaschensammeln. Auf seiner Tour erklärt er, wo er geschlafen und wie er überlebt hat..**



## Mit spitzer Feder

# Aus der Arbeitswelt



## Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: [redaktion@sovde.de](mailto:redaktion@sovde.de), Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.